



Bürgerschaftswahl 2019 in Bremen

Wahlprüfsteine

Dreiviertel aller pflegebedürftigen Menschen in Bremen werden zu Hause versorgt. Damit sind die pflegenden Angehörigen auch in der Freien Hansestadt Bremen die zentralen Leistungsträger*innen in der Pflege. Bremen gehört zu den drei Bundesländern mit dem höchsten Anstieg an pflegebedürftigen Menschen. Im Zuge der jüngsten Pflegereformen gab es eine Zunahme von über 23 Prozent (Vergleich 2015 bis 2017).

Demokratische Wahlen bieten die Chance eines Wettbewerbs um gute Lösungen für zentrale Herausforderungen. Die belastenden Rahmenbedingungen in der häuslichen Pflege grundlegend zu verbessern, gehört aus unserer Sicht dazu. Mit diesen Wahlprüfsteinen sammeln wir die politischen Ideen der Parteien zu vier zentralen Fragen der häuslichen Pflege. Damit können die Parteien ihre Lösungen aufzeigen und die Wähler*innen in Bremen und Bremerhaven eine fundierte Wahlentscheidung treffen.

wir pflegen e.V. fordert eine Pflegewende: wirkliche Entlastung, eine bessere Vereinbarkeit von Pflege und Beruf, mehr Mitbestimmung und eine Förderung der Interessenvertretungen pflegender Angehöriger.

wir pflegen e.V. fordert einen deutlichen Ausbau der Kurzzeit-, Tages- und Nachtpflegeplätze. Die Regelungen zum Entlastungsbetrag müssen entbürokratisiert werden.

Zwar hat Bremen im Deutschlandvergleich eine ausgeprägte Infrastruktur im Bereich der ambulanten Pflegedienste, doch ist auch hier das Angebot an Kurzzeit- und Tagespflegeplätzen nicht bedarfsgerecht.



Zur Entlastung und sozialen Teilhabe von pflegenden Angehörigen wurden vor kurzem fünf kulturelle Projekte aus dem Fonds für Innovation und Strukturverbesserung gefördert. Für eine wirkliche Entlastung und Teilhabe ist jedoch ein deutlicher Ausbau an unterstützenden Angeboten notwendig, sodass schnelle und ausreichende Auszeiten von der Pflege möglich werden.

Eine weitere Baustelle ist der Entlastungsbetrag. In Bremen können damit verbundene Leistungen nur durch Ehrenamtliche erbracht werden. Diese Begrenzung führt dazu, dass viele Betroffene den Entlastungsbetrag aufgrund fehlender Angebote nicht einlösen können.

Frage: Wie wollen Sie die die Kurzzeit-, Tages- und Nachtpflege in Bremen stärken und für spürbare Entlastung in der häuslichen Pflege sorgen? Wie werden Sie die Regelungen zum Entlastungsbetrag vereinfachen?

Antwort:

DIE LINKE sieht die beste Unterstützung für pflegende Angehörige - ob regulär beschäftigt oder häuslich pflegend ohne Job - in ausreichenden, bezahlbaren, gut ausgestatteten und wohnort-nahen professionellen Pflegeangeboten. Die Kombinationsmöglichkeiten von Tages-, Kurzzeit- und Verhinderungspflege müssen weiter verbessert und der Leistungsumfang erhöht werden. Neben professionellen Pflegeangeboten sollen jedoch auch qualifizierte niedrigschwellige Entlastungsleistungen ausgebaut und in ihren Leistungsinhalten flexibler an den realen Pflegebedarf angepasst werden. Dafür muss die Pflegeversicherung eine Vollversicherung werden, die alle pflegebedingten Leistungen finanziert. So entfallen gravierende Hürden für die Inanspruchnahme professioneller Pflegeleistungen, weil die finanzielle Belastung der Familien mit Pflegebedarf spürbar sinkt.

Wer sich für häusliche Pflege entscheidet, braucht neben einer besseren Vereinbarkeit von Pflege und Beruf eine entsprechende soziale Absicherung. Pflegenden Angehörige brauchen bessere Bildungsangebote und rund um die Uhr Beratungsmöglichkeiten für schwierige Situationen.

Die Vereinfachung der Regelungen für den Entlastungsbetrag halten wir einerseits für sinnvoll, um die Angebotsentwicklung zu fördern, da häufig die komplexe Anerkennungspraxis der Pflegenden für einen Mangel an Angeboten verantwortlich ist. Andererseits befürchten wir, dass dies einer weiteren Verlagerung von Pflege und Betreuung, weg von einer Aufgabe der öffentlichen Hand hin ins Private, Vorschub leistet.



wir pflegen e.V. fordert eine Lohnersatzleistung für pflegende Angehörige und mehr zeitliche Flexibilität.

Anfang Juni wird der unabhängige Beirat zur Vereinbarkeit von Pflege und Beruf seinen Bericht mit Vorschlägen zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Pflege und Beruf vorlegen. wir pflegen e.V. fordert, dass die pflegenden Angehörigen endlich eine Lohnersatzleistung wie beim Elterngeld - jedoch für 36 Monate - erhalten und zudem mehr zeitliche Flexibilität



bei der Inanspruchnahme von Auszeiten¹. Zur Durchsetzung neuer bundesweiter Vereinbarkeitsregelungen braucht es die klare Unterstützung der Bundesländer.

Frage: Werden Sie sich für die Einführung einer Lohnersatzleistung für pflegende Angehörige auf dem Mindestniveau des Elterngeldes stark machen?

Antwort:

DIE LINKE unterstützt die Idee einer Lohnersatzleistung für pflegende Angehörige. Es fehlt in Deutschland bislang an einer echten Entlastung, weil die bestehenden Angebote entweder nicht ausreichen oder ins Leere laufen. Wenn laut des letzten Pflegereports der BARMER 1,5 Mio. Menschen sich mit der Pflege ihrer Angehörigen überfordert fühlen, dann stimmt etwas nicht im Pflegesystem. Vor allem für berufstätige Pflegende ist die Vereinbarkeit von Beruf und Pflege ihrer Angehörigen kaum zu vereinbaren.

DIE LINKE fordert deshalb seit langem die Umwandlung der Pflegeversicherung in eine Vollversicherung. Alle pflegebedingten Kosten müssen vollständig von der Pflegeversicherung übernommen werden.

Für den erstmaligen Eintritt einer Pflegesituation fordert DIE LINKE einen gesetzlichen Anspruch für alle Beschäftigten auf eine sechswöchige, arbeitgeberfinanzierte Freistellung mit vollem Lohnausgleich – analog dem Krankheitsfall, um die neu entstandene Lebenssituation zu organisieren. Diese Möglichkeit muss bestehen unabhängig davon, ob die Angehörigen anschließend selbst pflegen oder nicht.

¹ Nähere Informationen unter: <https://www.wir-pflegen.net/projekte/vereinbarkeit-von-pflege-und-beruf/>



wir pflegen e.V. fordert die Einbindung der Interessenvertretungen pflegender Angehöriger in den Landespflegeausschuss.

In der Verordnung zur Einrichtung des Landespflegeausschusses nach dem Elften Sozialgesetzbuch, werden die Leistungsträger*innen der Pflege, die pflegenden Angehörigen, bislang nicht als mögliche Mitglieder genannt. Den Interessenvertretungen der pflegebedürftigen Menschen werden zumindest zwei Sitze eingeräumt (siehe §§ 3 und 4). Aufgrund der Bedeutung von pflegenden Angehörigen für unser Pflegesystem, muss die Beteiligungsstruktur über eine Änderung der Verordnung erweitert werden.

Frage: Wie wollen Sie für eine ausreichende Mitbestimmung von pflegenden Angehörigen und ihrer Interessenvertretungen in der Pflegepolitik sorgen?

Antwort:

DIE LINKE unterstützt die Forderung nach einer Änderung der Verordnung zur Einrichtung eines Landespflegeausschusses und Aufnahme von pflegenden Angehörigen als mögliche Mitglieder. Wir setzen uns für eine stärkere Mitsprache und echte Mitentscheidung von Patientinnen und Patienten, älteren Menschen und Menschen mit Pflegebedarf sowie ihrer pflegenden Angehörigen ein. Die bestehenden gesetzlichen Regelungen sollten einem Monitoring in Bezug auf pflegende Angehörige unterzogen werden.



wir pflegen e.V. fordert eine Landesförderung für die Interessenvertretungen pflegender Angehöriger.

Pflegende Angehörige haben häufig weder die Zeit noch die Kraft, um sich neben der Pflege alleine für politische Veränderungen einzusetzen. Daher braucht es den Zusammenschluss von pflegenden Angehörigen als Interessenvertretung, damit ihre Anliegen in die Politik und öffentliche Diskussion getragen werden. Allerdings stehen die Interessenvertretungen vor dem Problem, dass es für sie keine Fördermöglichkeiten gibt und dadurch ihre Arbeit stark erschwert wird.

Frage: Wie wird Ihre Partei die Etablierung von Interessenvertretungen für pflegende Angehörige in Bremen unterstützen?

Antwort:

*DIE LINKE befürwortet eine starke Selbstvertretung pflegender Angehöriger, denn sie sind Expert*innen in eigener Sache. Deshalb ist es ein wichtiger Schritt, dass sich in "wir pflegen" pflegende Angehörige sowohl auf Länderebene als auch auf Bundesebene organisiert haben. Eine dauerhafte Interessenvertretung pflegender Angehöriger braucht aber auch eine nachhaltige und gesicherte Finanzierung. Dies ist notwendig, um aus unserer Sicht eine wirklich von Kostenträgern und Leistungserbringern unabhängige Interessenvertretung zu sichern. Zugleich darf ehrenamtliches Engagement nicht als Ersatz für öffentliche Aufgaben missbraucht werden.*